Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

1917 Nr. 77 — Jahrgang 210

Bezugspreis für Halle u. Vororte 3.35 M. Durch die Post bezogen 3.50 M. für das Vierteljahr einschließlich 1.50 M. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich dreizehnmal. — Gratis-Beilagen: Illustrierter Courier (tägl. Familienbeil.), Illu. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Humor, Mitteilungen, Illustr. Modenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (für die reifere Welt)

Montag-Ausgabe

Anzeigengebühren für die 6gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 30 Pfennig. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 20512

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Fernruf 7901 während der Geschäftsstunden. Nach Geschäftsschluß: Schriftleitung 5610, Geschäftsstelle 5608 und 5609. Hauptschriftleiter: Dr. Simon, Halle

Montag, 12. Februar 1917

Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung: Bernburger Straße 30. — Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale)

Lebhafte Artillerietätigkeit an der Ancre

Amerikas Haltung

New-York, 8. Febr. (Funkspruch vom Vertreter des T. B.) „Associated Preß" meldet aus Washington, daß amtlich mitgeteilt werde, es bestehe keine Absicht, deutsche Schiffe wegzunehmen. Durch Vermittlung der spanischen Botschaft seien Depeschen nach Deutschland gegangen betreffend die Rücksichten, die den früheren deutschen Vertretern in Amerika verbürgt würden und man hoffe, daß sie irgendwelche Mißverständnisse in Deutschland betreffend Amerikas Haltung vollständig beseitigen würden.

Berlin 12. Februar. Die Frage, was Wilson tun werde, findet in allen Blättern eine sehr gelassene Beantwortung. Wenn in Pariser Blättern von der gegenwärtigen Stimmung des deutschen Publikums berichtet wird, die Ausbrüche des Hasses gegen Amerika seien wild und ungeheuerlich, so, sagt das „B. T.", ist es wohl dem kindlichsten Gemüt klar, welchen Zwecken solche Schilderungen dienen sollen.

Die „Voss. Ztg." meint, was Wilson tat, habe sich als ein Verhängnisvollste erwiesen, was er habe tun können, denn die Absagen, die er sich allerorts geholt habe, bestätigten seine Sache mit einem diplomatischen Mißerfolg. Die kriegerischen Meldungen aus Amerika scheinen keinen Grunde darauf gerichtet zu sein, uns Furcht einzujagen und uns zu veranlassen, von der Ausführung unserer angekündigten Entschließung abzusehen.

Die amerikanische Aerztedeputation, die in Groningen Lazaretten seit zwei Monaten tätig war, erhielt die telegraphische Aufforderung, abzureisen.

Der amerikanische Botschafter hat Berlin verlassen

Berlin, 11. Febr. Morgenblättern zufolge verließ Botschafter Gerard, die Mitglieder der Botschaft und ein Teil der in Berlin und Norddeutschland ansässigen amerikanischen Staatsbürger, im ganzen 115 Personen, am Sonnabend abend Berlin mit einem von der deutschen Regierung zur Verfügung gestellten Sonderzug nach der Schweiz. Zum Abschied waren Graf Montgelas vom auswärtigen Amt, sowie mehrere Mitglieder des diplomatischen Korps auf dem Bahnhof erschienen.

Botschafter Gerard hatte Sonnabend mittag dem Reichskanzler und anderen hohen Staatsbeamten einen Abschiedsbesuch abgestattet. — Gerard empfing die amerikanischen Zeitungsberichterstatter und erklärte ihnen, wenn wie er bei seiner Rückkehr von Amerika keinem Berichterstatter Mitteilungen von seinem Gespräch mit dem Reichskanzler gemacht habe, so werde er sich auch jeder Mitteilung an Korrespondenten enthalten, bis er mit Präsident Wilson gesprochen habe.

Der von Berlin geschiedene Botschafter Gerard hinterläßt einen Betrag von 400.000 Mark zur Verteilung an Witwen und Waisen von Gefallenen durch Vermittlung eines zu diesem Zweck gebildeten Komitees. Die erwähnte Summe ist das Ergebnis von freiwilligen Beiträgen amerikanischer Bürger (das natürlich Deutsch-Amerikaner gewesen), die dem Botschafter gelegentlich seines letzten Aufenthaltes in Amerika überboten worden sind.

Schwierigkeiten Amerikas in Mexiko

London, 10. Febr. „Central News" melden aus New-York, es verlaute, daß der dem General Pershing gegebene Befehl, mit seinen Truppen Mexiko zu räumen, wirklich zurückgezogen wurde, da in Mexiko neue Unruhen ausgebrochen seien. Am Golf von Mexiko sollen Unterseebootstationen angelegt werden.

Die Noten der südamerikanischen Staaten

„Gotos" meldet: Die Antwort der argentinischen Regierung auf die deutsche Note besagt im wesentlichen: Die argentinische Regierung bedauert, daß die kaiserliche Regierung genötigt ist, zu solchen äußersten Maßnahmen zu schreiten und erklärt, daß sie ihre Haltung den Grundsätzen und Regeln des Völkerrechts unterwerfen werde. Die Antwort Brasiliens drückt den Wunsch aus, daß Deutschland Brasilien und seine Regierung nicht zwingen möchte, die freundschaftlichen Beziehungen abzubrechen. Die Antwort Chiles lautet ähnlich wie die von Brasilien. Die Antwort Uruguays bestätigt die schon früher bekannte Zustimmung zu den Handlungen der Vereinigten Staaten.

Deutschfreundliche Kundgebungen in Madrid

Berlin, 12. Febr. Dem „L.-A." zufolge zogen in Madrid Arbeiter und Kleinbürger durch die Hauptstraßen und riefen: Nieder mit der Intervention! Auch Rufe: **Nach Deutschland! wurden vernommen.**

Der Bericht des Großen Hauptquartiers

Großes Hauptquartier, 11. Februar.

Westlicher Kriegsschauplatz

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Westlich von Lille, beiderseits des Kanals von La Bassée und der Scarpe, sowie im nördlichen Teil des Somme-Gebietes lebhafter Artilleriekampf.

Auf dem Norduser der Ancre griffen die Engländer mit starken Kräften nordöstlich von Beaumont, auf dem Süduser östlich von Grandcourt und nördlich von Courcelette mit schwächeren Abteilungen an. Am Wege von Puisieux nach Beaucourt drangen sie in Kompagniebreite ein, an allen übrigen Stellen sind sie, zum Teil im Nahkampf, zurückgewiesen worden.

Heeresgruppe Kronprinz

Auf dem linken Maasufer nahm wie am Vortage das Feuer von Mittag an zu, ohne daß sich ein Angriff entwickelte.

Im Walde von Ailly (südöstlich von St. Mihiel) und beiderseits der Mosel erfolgten französische Vorstöße, die durch unser Abwehrfeuer und im Handgemenge abgeschlagen wurden.

Erkundungs- und Angriffsaufgaben führten unsere Fliegergeschwader weit hinter die feindliche Front. Für die Gegner wichtige militärische und Verkehrsanlagen wurden bei Tag und bei Nacht wirkungsvoll mit Bomben beworfen.

Oestlicher Kriegsschauplatz

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern

Mit nachlassender Kälte nahm die Gefechtstätigkeit in vielen Abschnitten zu. Bei Postawy (nördlich des Narocz-Sees) und südöstlich von Zloszow wurden russische Nachtkommandos abgewiesen.

Am Unterlauf des Stochod holten unsere Stoßtrupps ohne eigene Verluste eine Anzahl Gefangener aus den feindlichen Gräben.

An der

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph

und bei der

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen

außer Vorfeldgeschützen und nur vereinzelt lebhafterem Geschützfeuer keine besonderen Ereignisse.

Mazedonische Front

Nordwestlich von Monastir blieb ein französischer Vorstoß südwestlich des Doiran-Sees ein nach starkem Vorbereitungsfeuer einsetzender Angriff der Engländer ohne jeden Erfolg.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 11. Febr., abends. (Amtlich.) Beiderseits der Ancre lebhafte Artillerie- und Grabenkampftätigkeit. Sonst im Westen und Osten nichts Wesentliches.

Allgemeine Dienstpflicht in den Vereinigten Staaten

Washington, 10. Febr. (Reuter.) Der Senatsausschuß für militärische Angelegenheiten hat sich zugunsten eines allgemeinen Militärdienstgesetzes ausgesprochen, das vorsieht, daß sämtliche männlichen Bürger zwischen dem 19. und 26. Jahre sich sechs Monate einer militärischen oder Marineausbildung zu unterziehen haben.

Entsetzliche Leiden deutscher Gefangener

Berlin, 12. Febr. Zahlreiche eidliche Aussagen von Deutschen, die aus Kamerun und Togo nach Dahomey in Gefangenschaft verschleppt worden waren, geben der „Nordd. Allg. Ztg." zufolge ein erschütterndes Bild von den entsetzlichen Leiden, welche die Gefangenen in den Lägern dieser Kolonie monatelang erdulden mußten.

Warnungsloses Torpedieren

Als die englische Regierung bereits im 4. Kriegsmonat, d. h. am 3. November 1914, die ganze Nordsee als Kriegsschauplatz „military area" bezeichnete und hiermit einen vollständig neuen völkerrechtlichen Begriff in der Seekriegführung zur praktischen Anwendung brachte warnte sie alle neutralen Schiffe, „Kauffahrteischiffe aller Arten, Handelsschiffe aus allen Gegenden, Fischerfahrzeuge und alle anderen Schiffe", ausdrücklich davor, in die bezeichneten Gewässer einzufahren, da sie dort den schwersten Gefahren von ausgelegten englischen Minen und von englischen Kriegsschiffen ausgesetzt seien. In der deutschen Sperrgebietserklärung vom 1. Februar d. J., die der englischen Erklärung folgte, wurde ganz das entsprechende verkündet und darauf hingewiesen, daß neutrale Schiffe, die die Sperrgebiete befahren, dies auf eigene Gefahr täten, ganz so wie es mit denselben Worten in dem Schreiben des englischen Gesandten an die niederländischen Minister vom 15. Januar 1915 bereits zum Ausdruck gebracht war. („Wessels ... may be so at their own risk".) Allen diesen Erklärungen ist also die zuerst von England erteilte Warnung gemeinsam, daß neutrale Schiffe infolge der Maßnahmen, die gegen den Feind getroffen werden, bei Befahren der Sperrgebiete gefährdet sind, da die gegen den Feind verwendeten Kriegsmittel, Minen und Kriegsschiffe unter Umständen sich nicht nur auf die beabsichtigte Verwendung gegen feindliche Schiffe würden beschränken lassen; für das deutsche Sperrgebiet ist auch die von England seit Kriegsbeginn betriebene Verwendung der neutralen Flagge von besonderer Bedeutung, da die englische Regierung sich nicht gescheut hat, unter schamlosem Mißbrauch von neutralen Flaggen und Schiffsbemalungen „richtige Fallen" gegen Unterseeboote zu verwenden, wie der Baralong-Fall und der Fall des als dänischer Dampfer „Kai" markierten englischen Schiffes beweisen. In dem von England erklärten Sperrgebiete kann also ein neutrales Schiff durch ein englisches Kriegsmittel ebenso überraschend verloren gehen wie in dem nach englischem Beispiel von Deutschland erklärten Kriegsgebiet in englischen und sonstigen feindlichen Gewässern durch ein deutsches Kriegsmittel.

Es ist also durchaus nicht zutreffend, bei Schiffsversenkungen, die in dem erklärten Sperrgebiete erfolgen, von „unangewarnten Torpedierungen" zu sprechen. Eine derartige Warnung ist erfolgt dadurch, daß vor Befahren der Sperrgebiete allgemein gewarnt wurde, wie dies England im November 1914 zuerst getan hat. Diese allgemeine Warnung muß die Warnung im Einzelfalle ersetzen. [illegible]en die Neutralen über diese Warnung hinweg statt wie angeraten, das gefährdete Gebiet zu vermeiden, so tun sie dies eben, wie es nach englischem Muster in den Erklärungen heißt, auf ihre eigene Gefahr. Dies gilt sowohl für die in Zukunft angedrohten, wie für die in der Vergangenheit vorgenommenen Schiffsversenkungen. „Unangewarnte" Torpedierungen sind von seiten deutscher Seestreitkräfte nicht vorgenommen worden, da sämtliche Schiffsversenkungen, denen eine besondere Warnung nicht vorherging, in dem Kriegsgebiet, das als gefährdet bekanntgegeben war, erfolgte. Nicht das Gleiche kann aber von England gesagt werden, da englische Unterseeboote außerhalb des Seekriegsgebietes zu wiederholten Malen ohne vorherige Warnung Dampfer durch Torpedos angegriffen und versenkt haben, von denen hier nur die Dampfer „Belgo", „Bürgermeister von Molle", „Dorito", „Elbe", „Hollandia", „Schwaben" und „Syria" genannt sein mögen. Auch im Mittelmeere hat die feindliche Seekriegführung ein großes Sündenkonto aufzuweisen, da hier, ohne daß eine allgemeine Warnung in Form einer Seekriegsgebietserklärung erfolgte, wiederholt Schiffe ohne besondere Warnung angegriffen und versenkt wurden. Die Dampfer „Attiboh", „Dogan" (mit 700 Reisegästen, darunter Frauen und Kinder an Bord), „Stambul", „Madeleine Rickmers" und das Lazarettschiff „Willi Rickmers" wurden von englischen Unterseebooten im Jahre 1915 „warnungslos", und zwar in der wirklichen Bedeutung dieses Wortes angegriffen; im Jahre 1916 wurden die österreichischen Schiffe „Daniel Ernö", „Zagreb", „Dubrovnik", „Biokovo"", „Albanien" sowie das Hospitalschiff „Electra" das Opfer warnungsloser Angriffe unserer Feinde. Das Torpedieren von Schiffen, das in neutralen Ländern eine so große Erregung hervorgerufen hat, kann also lediglich auf das Konto unserer Feinde gesetzt werden, da für die Beurteilung von Schiffsversenkungen in dieser Beziehung weder für die Vergangenheit, noch für die Zukunft, die für das Befahren der Seekriegsgebiete **allgemein erteilte Warnung** außer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191702121-19/fragment/page=0001

acht gelassen werden darf. Das von England bezeichnete Seekriegsgebiet haben die Neutralen bisher, in genauer Befolgung der von England erteilten Warnung vermieden; die Einhaltung des gleichen Verfahrens der nachgefolgten deutschen Erklärung gegenüber wird zur Folge haben, daß jeder ungewollte Schiffsverlust vermieden wird.

Schweizerischer Protest gegen die Blockade zur See

Bern, 10. Febr. Der Bundesrat hat am 9. d. M. an die Deutsche Regierung eine Note wegen der Kriegsmaßnahmen zur See gerichtet, worin es heißt:

Es konnte der Kaiserlichen Regierung nicht entgehen, daß durch diese Maßnahme ein schwerer Eingriff in das der Schweiz als neutralem Staat nach den Grundsätzen des Völkerrechts zustehenden Recht des friedlichen Handels begangen wird. In der Tat bedeutet die Blockade fast aller für die Benutzung durch die Schweiz in Betracht kommenden Häfen eine ernste Gefährdung unserer Lebensmittel- und Rohstoffversorgung und unseres überseeischen Exports. Auch wenn durch die freundschaftliche Verständigung mit der französischen Regierung die Benutzung des Hafens von Cette, der außerhalb der blockierten Zone liegt, ermöglicht wird, sind die Sektransporte in einer Weise eingeschränkt, daß unserer Volkswirtschaft die empfindlichste Schädigung zugefügt wird. Die von der deutschen Regierung verhängte Seesperre folgt auf eine ganze Reihe von Maßnahmen, durch die im Laufe des Krieges von seiten der kriegführenden Teile im Widerspruch zu den völkerrechtlichen und vertraglichen Normen unsere wirtschaftliche Bewegungsfreiheit bereits eingeengt worden ist und gegen welche wir vergebens unsere Stimme erhoben haben. Die Sperre ist unter diesen Umständen nur um so drückender und folgenschwerer. Der Bundesrat sieht sich daher gezwungen, gegen die von der Kaiserlichen Regierung angekündigte Blockade und deren Durchführung, soweit dadurch nach den gemeingültigen Grundsätzen des Völkerrechts Rechte der Neutralen verletzt werden, nachdrücklich Protest und Rechtsverwahrung einzulegen und vorab für den Fall, daß die tatsächliche Durchführung der Sperre sich als unvollständig erweisen sollte, alle Rechte vorzubehalten, wenn durch die von Deutschland und seinen Verbündeten angewendeten Mittel schweizerische Staatsangehörige und schweizerische Ladungen der Vernichtung preisgegeben werden sollten. Der Bundesrat zweifelt im übrigen nicht daran, daß die deutsche Reichsregierung alles tun wird, um den für die Sicherheit der schweizerischen Staatsangehörigen und für das Wirtschaftsleben der Schweiz aus der Blockade sich ergebenden schwierigen Folgen nach Möglichkeit vorzubeugen. — Eine gleichlautende Note ist der k. und k. österreichisch-ungarischen Regierung zugestellt worden.

Die Schweiz hat auf Ansuchen Deutschlands außer in Frankreich und in den Vereinigten Staaten auch noch die Vertretung der deutschen Interessen in England, Japan und in dem nichtbesetzten Teil von Rumänien übernommen.

Absage der Schweiz an Wilson

Bern, 10. Febr. (Meldung der Schweizerischen Telegraphen-Agentur.) Am 9. d. M. hat der Bundesrat der amerikanischen Regierung seine endgültige Stellungnahme gegenüber der deutschen Blockade-Ankündigung in einer Note zur Kenntnis gebracht, in welcher er folgendes ausführt:

Der Bundesrat kann auch heute nur auf die am 4. August 1914 abgegebene und den Staatsregierungen zur Kenntnis gebrachte Neutralitätserklärung verweisen. Bundesversammlung und Bundesrat haben damals den festen Willen bekundet, in keiner Weise von den Grundsätzen der Neutralität abzuweichen, die dem Schweizer Volk so teuer sind und so sehr seinen Bestrebungen, seiner inneren Einrichtung, seiner Stellung gegenüber den anderen Staaten entsprechen, und die die Vertragsmächte vom Jahre 1815 ausdrücklich anerkannt haben. Bundesrat und Bundesversammlung haben deshalb ausdrücklich erklärt, daß die Schweizerische Eidgenossenschaft während des ausgebrochenen Krieges mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln ihre Neutralität und die Unverletzlichkeit ihres Gebietes aufrechterhalten und wahren werde. Die Ereignisse während des gegenwärtigen Krieges haben den Bundesrat in seiner strikten und loyalen Neutralität bestärkt und den Beweis geleistet, daß heute wie im Jahre 1815 die Unverletzlichkeit und Unabhängigkeit der Schweiz im wahren Interesse der Politik Europas liege. Die Schweiz wird an dieser Neutralität festhalten, solange nicht die Unabhängigkeit, sowie die Unverletzlichkeit des Landes, die Landesinteressen oder die Ehre des Staates verletzt werden. Der Bundesrat darf auch die Aufmerksamkeit von Präsident Wilson auf die einzigartige geographische Lage der Schweiz lenken, die von allen Seiten von Kriegführenden eingeschlossen ist und mit Sicherheit zum allgemeinen Kriegsschauplatz werden würde, sobald sie aus ihrer Neutralität heraustreten würde. So drückend sich daher auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schweiz zufolge der angekündigten Blockade gestalten, so kann sich der Bundesrat doch nicht entschließen, Präsident Wilson in den auf Grund einer anders gestalteten Sachlage von ihm gegenüber der deutschen Regierung unternommenen Schritten zu folgen. Der Bundesrat hat sich deshalb darauf beschränkt, gegen die von der Kaiserlichen Regierung angekündigte Blockade und deren Durchführung, soweit dadurch nach den gemeingültigen Grundsätzen des Völkerrechts Rechte der Neutralen verletzt werden, Protest und Rechtsverwahrung einzulegen und insbesondere für den Fall, daß die tatsächliche Durchführung der Sperre sich unvollständig erweisen sollte, alle Rechte vorzubehalten, wenn durch die von Deutschland und seinen Verbündeten angewendeten Mittel schweizerische Staatsangehörige oder schweizerische Ladungen der Vernichtung preisgegeben werden sollten.

Ein Ausstand als Protest gegen Wilsons Politik

Aus Washington wird gemeldet: Kennzeichnend für die gespaltene Meinung in der Bevölkerung der Vereinigten Staaten ist auch die Meldung von einem bevorstehenden Ausstand der Weichenwärter von 18 Eisenbahnlinien als Einspruch gegen Wilsons Vorgehen. Wilson drohte, die Linien zu verstaatlichen, wenn der Ausstand ausbreche.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 11. Febr. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz

Südwestlich von Ocna, bei Bekas und südöstlich von Zloczow wurden feindliche Jagdkommandos abgewiesen. Am unteren Stochod holte ein Stoßtrupp eine Anzahl Gefangener aus den russischen Stellungen.

Italienischer Kriegsschauplatz

Im Görzischen wurde an mehreren Stellen um die von unseren Truppen eroberten Gräben gekämpft. Die feindlichen Gegenstöße scheiterten. Weitere 370 Gefangene blieben in unseren Händen. Abteilungen des k. k. Landwehr-Infanterie-Regiments Nr. 37 zeichneten sich im Angriff aus. Italienische Flieger warfen auf Triest, Muggia die Werft San Docco und das Feldspital in Opcina Bomben ab. Nördlich von Tolmein brachte eine gelungene Unternehmung 42 Italiener ein. Ein feindlicher Angriff auf unsere Stellungen am Stilfser Joch wurden blutig abgewiesen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Chile macht nicht mit

Berlin, 10. Febr. Zuverlässige Nachrichten aus Chile besagen, daß die dortige Presse fast ausnahmslos, ebenso wie die gesamte öffentliche Meinung, sich nachdrücklich dagegen wehrt, von den Vereinigten Staaten ins Schlepptau genommen zu werden. Es werden vielfach bissige Bemerkungen über das Verhalten des exotischen Brasiliens gemacht.

„Italien betrachtet den Krieg als verloren!"

Der „Corriere d'Italia" veröffentlicht Erklärungen, die der italienische Sozialistenführer Enrico Ferri dem Vertreter des dänischen Blattes „Socialdemokraten" gegenüber abgab. Diese Erklärungen erregen das denkbar größte Aufsehen, besonders im Hinblick auf die Tatsache, daß sie von der italienischen Zensur freigegeben wurden und müssen als Zeichen vor sich gehender Wandlungen in der Stimmung des italienischen Volkes festgehalten werden. Enrico Ferri sagt u. a.:

Die Wahrheit ist auf dem Marsch. Bald wird das italienische Volk diese Wahrheit kennen lernen und einsehen, daß es betrogen wurde, daß es notwendig ist, Frieden zu schließen, ehe Italien in noch schwereres Unglück stürzt. Der Krieg wird in Italien bereits als verloren betrachtet. Man fürchtet, daß die Trompeten des Weltgerichts über Italien erdröhnen werden, sobald die Mittelmächte mit Rumänien gänzlich fertig geworden sind. Möge d'Annunzio Italien verlassen, ehe er den Weg nach Frankreich verspert findet von den Waffen jener Soldaten, die sich bald gegen das Innere Italiens richten werden!

Die italienische Presse rast über diese mutigen Ausführungen Ferris. Der „Popolo d'Italia" behauptet natürlich sofort, daß Ferri ein deutscher Agent und von Giolitti angeworben sei, um für die Sache des Friedens in Italien zu werben.

Italiens Munitionserzeugung gefährdet

Einer Privatmeldung aus Mailand zufolge sind die italienischen Industrien fast völlig ohne Kohle und, was das Schlimmste ist, von der Krise werden immer mehr Fabriken für den Heeresbedarf betroffen, wodurch die Munitionsversorgung in ernstester Weise bedroht wird. Das Fehlen von Schiffsraum habe immer ärgere Folgen. Der deutsche U-Boots-Krieg habe Italien bis jetzt über 12 v. H. des Gesamttonnengehaltes gekostet.

Ueber den Verlauf der Petersburger Konferenz

heben nach Paris gelangte Depeschen des „Temps" und anderer Blätter hervor, daß die russische Regierung trotz unleugbar bedeutender innerer und namentlich wirtschaftlicher Schwierigkeiten eine ausreichende Autorität in militärischen Angelegenheiten bewahre.

Amerikanische Verpflegungshilfe für Frankreich und Belgien

Wie „Petit Parisien" mitteilt, hat die französische Regierung infolge des deutsch-amerikanischen Bruches mit den englischen, belgischen, spanischen und holländischen Regierung Verhandlungen eingeleitet, um Störungen in der Verpflegung der Bevölkerung des besetzten Nord-Frankreichs und Belgiens zu verhindern.

Wie die Londoner „Exchange Company" aus Rom meldet, veröffentlichte der Vatikan eine halbamtliche Mitteilung, wonach Holland, die Schweiz und die skandinavischen Länder übereingekommen seien, das Unterstützungswerk in Belgien für den Fall fortzusetzen, daß es zwischen Deutschland und Amerika zu einem Kriege kommen sollte.

Die Kohlennot in Frankreich

In der gestrigen Sitzung des französischen Senats kam es bei der Erörterung der Interpellationen über die Kohlenkrise zu heftigen Angriffen auf die Regierung. Besonders wurde dabei die Unfähigkeit des früheren Transportministers Sembat gerügt. Minister Herriot verwarf eine Tagesordnung, in welcher Sembat ein Tadel ausgesprochen werden sollte und stellte die Vertrauensfrage. Sodann wurde eine Tagesordnung angenommen, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wurde und gewünscht wird, sie möge der Kohlennot und der Transportkrise glücklich steuern.

Die Seine zugefroren

Bern, 10. Febr. Nach Pariser Meldungen ist die Seine oberhalb Rouen zugefroren. Ueber 40 Schleppkähne wurden beschädigt, eine größere Anzahl ist untergegangen.

Vom verschärften U-Bootkrieg

Berlin, 10. Febr. Eines unserer Unterseeboote hat in der Nordsee neuerdings fünf unbekannte englische Dampfer von insgesamt 14 000 Br.-Reg.-To. im Unterwasserangriff versenkt.

Haag, 10. Febr. Der Minister für Ackerbau, Industrie und Handel hat mitgeteilt, daß er die Ausfahrt von transatlantischen Schiffen so lange nicht gestatten werde, als nicht mit Sicherheit festgestellt sei, daß kein englischer Hafen angelaufen zu werden brauche.

Das Korrespondenzbureau meldet, aus dem vom Minister des Aeußern den Generalstaaten in Form einer Weißbuches mitgeteilten diplomatischen Schriftwechsel zwischen ihm und den Gesandten von Deutschland und Oesterreich-Ungarn über den verschärften U-Bootskrieg gehe hervor, daß die niederländische Regierung sich verpflichtet fühle, gegen das angekündigte U-Boots-System zu protestieren. Die Beantwortung für die etwaige Vernichtung von niederländischen Schiffen in den in Rede stehenden Gebieten und die daraus folgenden Verluste an Menschenleben würde auf die Deutsche Regierung fallen. Diese Verantwortung würde besonders schwer sein in den Fällen, in denen die Schiffe durch die feindlichen Kriegsschiffe, die das Untersuchungsrecht ausübten, gezwungen würden, sich in die gefährliche Zone zu begeben.

„United Preß" meldet aus New-York, daß der amerikanische Dampfer „St. Louis" bewaffnet wurde. Man erwarte, daß er demnächst nach England ausfahren aber nicht so mit Farben bemalt werde, wie Deutschland es vorgeschrieben habe. Die amerikanischen Blätter schreiben, daß das Nichtausfahren bedeuten würde, daß Amerika die Blockade seiner Häfen anerkenne.

Der „Matin" meldet aus New-York, Amerika werde wahrscheinlich im Falle der „California" nicht unternehmen, da keine Amerikaner dabei zum Opfer gefallen seien. — Die Reeder weigern sich, ihre Schiffe ausfahren zu lassen, weil die Regierung keine Büroschiffe übernehme. — Die American-Linie machte alle Fahrkarten ungültig. — „Petit Parisien" meldet aus Washington, der amerikanische Handel sei durch die deutsche Drohung tatsächlich blockiert.

Die „Neue Zürcher Zeitung" berichtet aus dem Haag, daß am 8. Februar eine Höchstleistung des Tauchbootkrieges mit 35 versenkten Schiffen aufgestellt worden sei. Mindestens 200 000 Tonnen seien seit dem 1. Februar versenkt worden. Kein holländisches Schiff wage sich aufs Meer.

Haag, 10. Febr. Heute liegt hier keine einzige Nachricht von versenkten englischen Schiffen oder in englischen Diensten fahrenden Schiffen vor. Das ist auffällig! Während der drei vorausgegangenen Tage betrug der versenkte Tonnengehalt insgesamt etwa 85 000 bis 100 000 Tonnen. Es ist ganz unwahrscheinlich, daß an dem darauffolgenden Tage überhaupt keine Verluste eingetreten seien; viel wahrscheinlicher ist dagegen, daß die englischen Behörden angesichts der Bestürzung, die die ersten Verlustziffern nach Verhängung des verschärften Tauchbootkrieges hervorgerufen haben, mit der Veröffentlichung zurückhalten, zumal verschiedene Blätter der Regierung Vorwürfe gemacht haben, sie teilte diese Veröffentlichungen in einer taktlosen Weise mit, die Beunruhigung hervorrufen müsse.

Kristiania, 10. Febr. An das Ministerium des Aeußern gelangte ein Telegramm aus Grimsby, demzufolge ein U-Boot am 8. Februar 7 Uhr 45 Min. vormittags einen Angriff ohne Warnung auf den Langesunder Dampfer „Ida", der mit Ballast von Leith nach London unterwegs war, gemacht habe. Ehe das U-Boot gesichtet worden sei, habe es schon vier Schüsse abgefeuert, darnach im ganzen über 20 Granaten. Zwei Mann seien getötet, fünf verwundet worden. Als der Rest der Besatzung in die Boote ging, sei das Schießen eingestellt worden und die U-Boot-Mannschaft habe die „Ida" mittels Bomben versenkt. Ein britischer Torpedojäger habe die Dampfermannschaft aufgenommen.

Kristiania, 10. Febr. Wie „Dagbladet" meldet, ist der norwegische Dampfer „Sortland" gestern nacht innerhalb der territorialen Grenze von einem englischen Torpedojäger beschossen worden.

Stockholm, 10. Febr. „Dagens Nyheter" meldet, daß die gestrige Zusammenkunft der schwedischen Reeder bekanntgegeben habe, daß die schwedische Regierung ausreiche, um Schwedens notwendige Einfuhr sicherzustellen, unter der Voraussetzung, daß die in den feindlichen Kriegführender Länder befindliche Tonnage freigegeben werde und freie Fahrt nach Schweden erhalte, sowie daß die notwendige Bunkerkohle zu erhalten wäre, ohne daß dabei Fahrten ausgeführt werden müssen, die nicht dem schwedischen Interessen dienten. Eine Abordnung der Reeder gab obigen Beschluß dem Ministerium bekannt und fordert Maßnahmen, welche Schweden die für seine Lebensinteressen nötige Tonnage sichern.

Rotterdam, 10. Febr. Heute sind vier englische Dampfer aus London in Nieuwe Waterweg angekommen. Der Dampfer „Westerdijk", der aus New-York in Rotterdam angekommen ist, hat seine Post in Falmouth zurücklassen müssen.

London, 10. Febr. „Lloyds" meldet, daß die englischen Dampfer „Lullington" und „Matola" versenkt wurden. Die Besatzung des „Lullington" wurde gerettet. — Der norwegische Dampfer „Soldbokken" soll versenkt worden sein. Zwei Mann seien umgekommen. — Der norwegische Segler „Storskow" wurde von einem U-Boot versenkt.

Verantwortlich:
für den politischen Teil: Dr Simon; für Provinz, Börse und Handelsteil: M. Ebeling; für Oertliches, Gerichtssaal, Kunst und Sport: H. Mielchner; für den übrigen Teil: Dr Simon.
Für den Anzeigenteil: O. Kreibohm, sämtlich in Halle.
Alle Zuschriften in Besuchs- und Anzeigenangelegenheiten sind nur an die „Geschäftsstelle der Hallschen Zeitung" zu richten, dagegen die Schriftleitung betreffende Zuschriften nur an die „Schriftleitung der Hallschen Zeitung".
Bei unverlangt eingesandten Manuskripten übernimmt die Schriftleitung keinerlei Gewähr für Aufbewahrung oder Rücksendung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191702121-19/fragment/page=0002